



Der Niederländer Mark Rutte (links) findet sich in der Rolle des bösen Buben wieder, seit Kanzlerin Angela Merkel mit Kommissionschefin Ursula von der Leyen und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron einig ist.

Foto AP

## Die deutsche Europa-Wende

Mit den Corona-Hilfen hat Berlin den Nord-Süd-Konflikt entschärft. Beim Brüsseler Ringen aber zeigte sich: Es gibt noch andere Interessenkonflikte in der EU. Zum Glück.

Von Ralph Bollmann

So lange hatten die 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union noch selten pausiert. Fast ein halbes Jahr lang, seit Februar, waren sie sich nicht mehr in großer Runde begegnet, der Pandemie geschuldet. Jetzt endlich kamen sie wieder persönlich zusammen, aber ganz anders als gewohnt: statt Küsschen nur ein Stupser mit dem Ellenbogen, statt eines Schmollmunds nur ein Augenaufschlag oberhalb der Stoffmaske, außerdem verkleinerte Delegationen und keine Journalisten im Ratsgebäude, so dass während des zweitägigen Treffens auch weniger als sonst üblich nach draußen drang.

Aber nicht nur die Äußerlichkeiten waren ganz anders als sonst, auch die ganze Welt hatte sich gedreht, seit im März die meisten EU-Länder den Lockdown verhängten. Und, vor allem: Deutschland hatte sich bewegt, der lange als böser Bube geschmähte Akteur im Spiel um die europäischen Finanzen. Zehn Jahre lang ging das so, seit im fernen Frühjahr 2010 die griechische Regierung angesichts gefälschter Haushaltszahlen keine andere Rettung mehr sah, als bei den Partnern der Eurozone um Finanzhilfen nachzusuchen. Seither schaute an den historischen Wendepunkten der Brüsseler Gemeinschaft alles auf Deutschland, und das Urteil stand bald fest: Berlin reagierte, so hieß es, auf die Herausforderungen stets zu spät, zu zögerlich – und mit einer allzu großen Neigung, andere über die Vorzüge des eigenen Wirtschaftsmodells zu belehren.

Damit war es spätestens seit dem 18. Mai vorbei, jenem Tag, an dem die deutsche Kanzlerin und der französische Präsident per Video-Presskonferenz ihren gemeinsamen Vorschlag für einen Corona-Wiederaufbaufonds vorstellten: eine halbe Billion Euro, auszuführen als Zuschuss an die am meisten betroffenen Länder, aufzunehmen als Kredit durch die Europäische Union – und später zurückzahlen nach dem üblichen Haushaltsschlüssel, der alle Mitgliedstaaten nach Maßgabe von Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft beteiligt. Und nicht etwa, das war den Gegnern von Eurobonds immer noch wichtig, in gesamtschuldnerischer Haftung. Der deutsche Finanzminister, der unter dem Namen Wolfgang Schäuble jahrelang als Buh-

mann erhalten musste, hatte in Gestalt des Sozialdemokraten Olaf Scholz diesmal nicht nur zugestimmt, sondern die Idee maßgeblich vorangetrieben.

Ginge es nach der Theorie vom bösen Buben, hätte an diesem Wochenende alles ganz einfach sein können. Ein netter Pausch beim Mittagessen am Freitag, ein paar anerkennende Worte für die einsichtigen Deutschen, eine Reihe von Pressekonferenzen, in der jeder Regierungschef den eigenen Beitrag zum Einigungswerk hervorhebt – und schon gehts zurück in die nationalen Hauptstädte oder, angesichts der Jahreszeit, in den wohlverdienten Sommerurlaub.

Aber so war es nicht, der Gipfel dauerte lange und wurde – absehbar – kompliziert. Denn mit der Bereitschaft der Bundesregierung, einen großen Schritt für den Zusammenhalt der Gemeinschaft zu tun, waren mitnichten alle Probleme gelöst. Dänen, Schweden und Österreicher, allen voran aber die Niederländer protestierten gegen die angeblich zu große Berliner Freigiebigkeit. Polen und Ungarn wollten sich keine Vorgaben in Bezug auf Rechtsstaatsfragen machen lassen. Andere sorgten sich um Beitragsrabatte oder Agrarsubventionen. Und weil die Debatte um die Corona-Hilfen untrennbar verbunden ist mit dem Streit um den regulären EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre, wurde auf einmal alles mit allem vermischt.

So zerbröselte nach einem Jahrzehnt die fixe Idee, allein Deutschland blockiere das Heraufziehen einer immerwährenden Harmonie auf dem Kontinent. Schon dafür hat sich das Berliner Entgegenkommen gelohnt: Die simple Vorstellung vom allzu strengen Hegemon zerbrach, das machte die Sicht frei für den ganz normalen Alltag eines vielfältig verbundenen Interessengeflechts, in dem man sich streiten, ganz am Ende aber immer auch wieder einig kann.

Vorbei sind nun die Zeiten, in denen sich allzu viele Regierungen hinter der Berliner Haltung verstecken konnten. So war es in fast allen Krisen der zurückliegenden Jahre. Schon als es um die Staatsschulden in Irland und Südeuropa ging, vor allem um die Probleme in Griechenland, waren mindestens zwei Handvoll Staaten in Nord- und Osteuropa skeptischer als Deutschland. Die Länder, die

jetzt als „enthaltssame Vier“ firmieren, übernahmen bereits damals nur widerwillig die Kreditgarantien, und Regierungen aus postsozialistischen Ländern argumentierten, in Griechenland seien trotz aller Kürzungen die Renten noch immer höher als bei ihnen daheim. Einer der Rettungsbeschlüsse drohte am Widerstand des slowakischen Parlaments zu scheitern, und die litauische Präsidentin verließ mal einen Krisengipfel vorzeitig mit der Bemerkung, für die Athener Regierung sei „immer mañana“. In den Karikaturspalten einer regierungsnahen griechischen Zeitung war trotzdem bloß der deutsche Finanzminister mit Nazi-Emblem zu sehen.

Schon kleine Bewegungen in Berlin genügten, um die Fraktion der Trittbrettfahrer aus der Reserve zu locken: Als das derzeitige Berliner Regierungsbündnis aus Union und SPD vor gut zwei Jahren über den Koalitionsvertrag verhandelte, blieb von den großen europapolitischen Visionen vor allem der Sozialdemokraten zwar nicht allzu viel übrig, aber immerhin hielten die lustlosen Partner die Bereitschaft fest, in den nächsten EU-Haushalt mehr einzuzahlen als bisher. Schon das genügte, damit sich Skandinavien, Balten, Niederländer und – ausgerechnet! – die Euro-Hilfsempfänger aus Irland als „Neue Hanse“ outeten und mehr gemeinschaftliche Sparsamkeit verlangten.

Mit einer anderen Rollenverteilung, aber strukturell ähnlich wurde das Schauspiel in der Flüchtlingsfrage aufgeführt. Vielerorts hat sich die Sichtweise festgesetzt, die deutsche Kanzlerin habe mit ihrer großzügigen Aufnahmepolitik die Europäische Union an den Rand der Spaltung gebracht. Dabei war die ursprüngliche Intention genau entgegengesetzt: Durch die Bereitschaft, vorübergehend die Hauptlast der Flüchtlingsaufnahme zu übernehmen, wollte die deutsche Regierungschefin Zeit kaufen, um eine gesamteuropäische Lösung bei der Grenzschließung zu erreichen. Es kam zu einer Umkehrung der Allianzen: Italien und vor allem Griechenland, wenige Wochen zuvor noch im Euro-Clinch, standen nun an der Seite Deutschlands, während die osteuropäischen Länder opponierten. Vor allem der ungarische Regierungschef Viktor Orbán hatte in Berlin

seine Gegnerin gefunden, die sich nur noch falsch verhalten konnte, ob sie nun die Flüchtlinge aus dem stark belasteten Land übernahm oder nicht.

Dass sich weder Orbán noch die polnische Regierung von Gnaden des Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński zur Aufnahme von Flüchtlingen oder zum Respekt vor rechtsstaatlichen Grundsätzen bereitfanden, musste sich indes nicht mit einer antieuropäischen Haltung in anderen Fragen verbinden. Gegenfinanzierung der Flüchtlinge hatten die postsozialistischen Staaten, die im Gegensatz etwa zu Italien stets zu den Nettoempfängern zählten, selbstredend nie etwas einzuwenden – auch wenn die jeweiligen nationalen Verwaltungen das Geld mit sehr unterschiedlicher Effizienz einsetzten. Und eine gemeinsame Verteidigungspolitik ist gerade der Warschauer Regierung ein umso stärkeres Anliegen, als das Vertrauen in die Vereinigten Staaten seit dem Amtsantritt Donald Trumps auch in Polen ein Stück weit verlorengegangen ist; da hilft auch die Ankündigung aus Washington wenig, Truppen aus Deutschland ins östliche Nachbarland zu verlegen.

Aber auch in Wirtschafts- und Währungsfragen ging die einfache Gleichung von „dem“ Norden und „dem“ Süden zuletzt immer weniger auf. Schon auf dem Höhepunkt der Staatsschuldenkrise vor knapp einem Jahrzehnt zeichnete sich ab, dass es „die“ Krise nicht gab. Die Ursachen für die Liquiditätsprobleme lagen in jedem Land anders, und außer in Griechenland hatte auch nirgends eine Regierung ihre Haushaltszahlen plump gefälscht. Italien litt an seiner politischen Blockade seit den neunziger Jahren, Spanien an der Implosion seiner Immobilienbooms, Portugal an der globalisierten Billiglohn-Konkurrenz von Osteuropa bis Bangladesch – und Irland am Zusammenbruch seines überdimensionierten Bankensektors.

Diese Differenzen unterschätzten freilich nicht nur die Akteure in der Politik, sondern vor allem auch an den Finanzmärkten. Hatte man Risiken aller Art bis zum Bankencrash von 2008 sträflich vernachlässigt, so veranschlagte man sie auf einmal viel zu hoch – und übertrug das griechische Szenario im Maßstab 1:1 auf andere Länder. Hier lag tatsächlich

eine Fehleinschätzung der deutschen Politik am Beginn der Euro-Krise, wie mancher Akteur später auch einräumte: Die Kanzlerin ging davon aus, dass die Märkte die Chancen und Risiken richtig bewerten, etwaige Reformanstrengungen der betroffenen Länder also angemessen honorieren würden. Das war aber, wenigstens in der akuten Phase der Krise, nicht der Fall.

Mehrfach hat die deutsche Kanzlerin ihren Kurs daher korrigiert. So war es gleich zu Beginn, im Frühjahr 2010: Kaum war die wichtige Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vorüber, stimmt sie zur Überraschung des damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy einem Rettungsschirm von 440 Milliarden Euro zu. Zwei Jahre später ließ sie es geschehen, dass die Europäische Zentralbank die Rolle des Krisenretters übernahm, nachdem sich die politischen Bemühungen festgefahren hatten. Und jetzt, wo diese Strategie auch durch ein Urteil des deutschen Verfassungsgerichts an ein Ende gelangt ist, hat sie abermals einen Kurswechsel vollzogen – begünstigt auch durch eine veränderte innenpolitische Konstellation.

Deutschland gegen die anderen: Das war schon immer eine Schimäre, und spätestens jetzt hat sie sich verflüchtigt, um den Blick freizumachen auf die Vielfalt der Interessengegensätze. Im Zentrum steht Deutschland gleichwohl, nicht nur wegen seiner Geographie und Größe, auch nicht allein aufgrund der Ratspräsidentschaft und der europafreundlichen Grundstimmung in der eigenen Bevölkerung. Sondern auch, weil die Bundesrepublik wie kein anderes Land erfahren ist im internen Austarieren gegensätzlicher Interessen. Einfacher als die europäischen Budgetverhandlungen gestalten sich die Gespräche über den heimischen Länderfinanzausgleich auch nicht, eher im Gegenteil.

Dabei geht es, hier wie dort, nicht bloß um die viel zitierte „Solidarität“, sondern vor allem um ganz nüchterne Interessen – des eigenen Landes, aber auch Europas insgesamt. Wenn dadurch die moralisierenden Anklagen gegen vermeintliche Schuld-„Sünder“ ebenso leiser werden wie gegen vermeintlich hartherzige Deutsche, dann muss das kein Nachteil sein. Im Gegenteil.

### EIN BALANCE-AKT



### SO WERDEN SIE EIN STAR!

VON BETTINA WEIGUNY

Erfolg sei ganz einfach, habe ich gerade gelesen. In drei Schritten können wir alles erreichen, „jedes Ziel“. So verspricht es der – leicht esoterisch angehauchte – Ratgeber und präsentiert die dazu nötige „geheime Formel“. Geheim hin oder her, ich plaudere das jetzt aus, es bleibt ja unter uns. Ganz zentral sei, am richtigen Tag zu beginnen: an einem Mittwoch, denn der Mittwoch sei der „Tag für mehr Energie“, und die brauchen wir, um durchzustarten. Der erste Schritt klingt einfach: Erfolg beginnt mit einer bewussten Entscheidung. Also kein nebulöser Wunsch („Ich wäre gerne Kanzlerin“), sondern eine klare Aussage mit konkretem Termin: „Morgen trete ich in die CDU ein.“ (SPD wäre dumm, die stellen so bald keine Kanzlerin.) „Damit gibst du dem Universum ein Zeichen“, weiß meine Fibel. So weit, so vielversprechend. Allerdings behauptet die Autorin, es gebe keine falschen Entscheidungen. An dem Punkt bin ich raus, ich kenne etliche Menschen, die sich sehr wohl falsch entschieden haben: Ehepartner, Job, Aktie. Fehler lauern überall. Sorry, da lese ich nicht weiter. Aber das mit der Erfolgsformel will ich jetzt wissen. Als Nächstes stoße ich auf einen Erfolgscoach, der mich nicht in drei, aber immerhin in zehn Schritten zum Erfolg führen will. Schritt eins ist ein Seminar bei ihm, Preis: 197 Euro. Allerdings rät der Mann zur „Gold-Kategorie“ mit Verpflegung und Sitzplatz im vorderen Bereich, kostet doppelt so viel. Optimal wäre die VIP-Platin-Karte mit „Meet & Greet“ – für 1000 Euro.

Da halte ich es lieber mit Napoleon Hill und seinem Klassiker aus dem Jahr 1939: „Denke nach und werde reich“. Zu beachten ist nur die QQMA-Formel: Für den Ausgang A zählen Qualität (Q), Quantität (Q) und mentale Einstellung (M). Das ist kombinierbar mit Albert Einsteins Theorie: „Wenn A für Erfolg steht, gilt  $A = X + Y + Z$ . Arbeit + Muße + Mund halten.“ Daneben klingt auch die „20+2“-Formel sinnvoll: Jeden Tag 20 Minuten nachdenken und zwei gezielte Aktionen losretzen. Nach neun Monaten, spätestens, tritt der Erfolg ein. Mathematisch geht es gar nicht anders.

Klingt aber anstrengend. Besser gefallen mir da die drei Regeln nach Leonardo da Vinci: Man braucht ein Notizbuch für neue Ideen (habe ich), muss sich ständig neues Wissen aneignen (mache ich) und inspirierende Menschen treffen (tue ich). Dann klappt das schon! Ich habe ein gutes Gefühl. Her mit den Millionen, den Welt-Bestsellern, dem Einzug ins Kanzleramt.

### VOLKES STIMME

### VERSCHWÖRER UNTER UNS

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

In sozialen Netzwerken wird mitunter der Verdacht geäußert, hinter dem Kampf gegen die Corona-Pandemie steckten in Wirklichkeit andere Motive. Mit den Lockerungen sank die Zahl der Anhänger solcher Theorien: Waren im Mai noch 27 Prozent davon überzeugt, an solchen Theorien sei etwas dran, ist der Anteil auf 20 Prozent gesunken.

Könnte es sein, dass es bei den Maßnahmen gegen die Corona-Krise um etwas ganz anderes geht als das, was Politik und Medien sagen?

